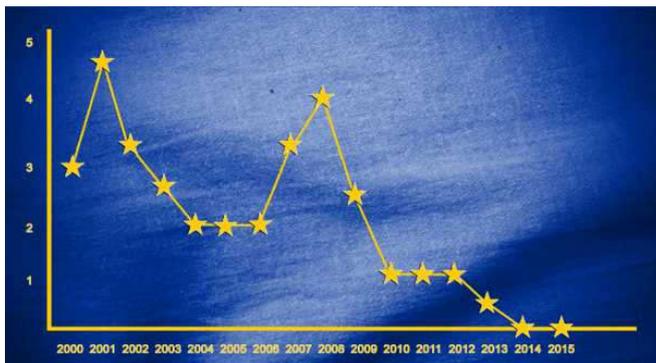


Teil 7: Die Solidarische Ökonomie in der Praxis

Die europäische Zentralbank (EZB) – Geld aus dem Füllhorn

Mit Beginn des Jahres 2015 überstürzen sich geradezu die Meldungen zur Rettung der strukturschwachen und überschuldeten Länder in Europa. Eine zentrale Rolle kommt hier der EZB zu. Mit der Zusage zum Ankauf von Staatsanleihen von mehr als einer Billionen € pumpt sie reichlich Geld in den Kreislauf. Gleichzeitig schränkt sie ihre Großzügigkeit auch ein, wenn sie betont, dass diese Zusage sich aber keinesfalls auf Staatsanleihen von Griechenland beziehe, dem Land, das am meisten in der Klemme sitzt. Wie auch immer, mit der Politik des extrem billigen Geldes folgt die EZB dem langjährigen Vorbild der Federal Reserve Bank in den USA, einer Politik, die wesentlich zur großen Finanzkrise 2008 beigetragen hat. Sie betreibt nun eine indirekte Staatsfinanzierung, die nach den Maastricht-Verträgen rechtlich umstritten aber dem Tenor jüngster Gutachten nach wohl zulässig ist. Die EZB wird im großen Stil Gläubiger der verschuldeten Staaten und befreit damit die privaten Finanziere, allen voran die Banken, von jedem Ausfallrisiko. Die Absicht ist klar: Durch die Ausweitung der Geldmenge soll die Deflationsgefahr eingedämmt werden und gleichzeitig das Wachstum gefördert werden.



Kritik von allen Seiten

Ob diese Rechnung aufgeht wird von vielen Seiten bezweifelt. Aus der Fülle der Argumente möchten wir zwei herausgreifen.

1. Es ist nicht davon auszugehen, dass in der aktuellen Situation durch eine Politik des billigen Geldes Investitionen in der sogenannten Realökonomie gefördert werden. Das zusätzliche Geld wird stattdessen überwiegend auf den Finanzmärkten landen und dort die Inflation, die auf den Gütermärkten ausbleibt, weiter anheizen. Insofern fördert die Politik der EZB geradezu die Blasenbildung und die damit verbundene Gefahr des nächsten Crashes.
2. Das Programm der EZB treibt den unseligen Prozess von steigender Staatsverschuldung bei spiegelbildlich steigenden Vermögen weiter voran. Die überschuldeten Staaten (zu denen auch Deutschland gehört) kommen damit aus dem Teufelskreis steigender Schulden nicht heraus. Schon heute macht der Kapitaldienst in mehreren Staaten 5 Prozent des BIP aus.

Die Staaten werden zunehmend zum Opfer ihrer laschen Haltung gegenüber den Banken. So haben alle Staaten in den zurückliegenden 50 Jahren die Geldschöpfung weitgehend den privaten Banken überlassen. Der weitaus größte Teil des umlaufenden

Geldes wird durch weitere Aufnahme von Schulden bei Geschäftsbanken in die Welt gesetzt. Eine Geldpolitik, die das Übel an den Wurzeln fassen will, müsste hier ansetzen.

Vorschlag 1: Vorhandenes Geld umverteilen

In einem ersten Schritt liegt es nahe, an das reichlich vorhandene Vermögen und die Einkommen zu gehen. Es müssen also in der gesamten EU die Einkommensteuern für sehr hohe Einkommen (aus Arbeit und Kapital), sowie für große Vermögen erhöht oder wieder eingeführt werden. Weiterhin muss endlich die Finanztransaktionssteuer kommen. Damit die zusätzlichen Staatseinnahmen nicht wahllos in irgendwelchen Investitionen versickern, sind auf nationaler wie auf EU-Ebene ökologisch sinnvolle Investitionen zu fördern. So kommt auch in den Krisenstaaten die Wirtschaft wieder in Gang, die sehr hohe Arbeitslosigkeit wird reduziert und Jugendliche erhalten eine Perspektive. Forderungen dieser Art werden schon seit einiger Zeit erhoben, haben sich aber bis heute politisch nicht durchgesetzt.

Vorschlag 2: Geld und Schulden trennen

Selbst bei einer weitgehenden Durchsetzung dieser Forderungen würde freilich das grundlegende Übel kapitalistischer Geld- und Wirtschaftspolitik nicht beseitigt. Staaten, die Geld benötigen, bekommen dies nur, wenn sie sich gleichzeitig verschulden. Von diesem Prinzip weichen die Damen und Herren der EZB, des IWF oder der EU nicht ab, selbst wenn ein Land, wie Griechenland, eine Staatsverschuldung von 170 Prozent aufweist – seine Schulden also nie zurückzahlen kann.

Angesichts dieser wenig erfreulichen Situation ist es der Mühe wert, sich darauf zu besinnen, worin die Hauptaufgabe des Geldes liegt. Geld ist im Wesentlichen ein Tauschmittel. Konzentriert man sich auf diese Grundfunktion, besteht keinerlei Notwendigkeit, Geld über die Schaffung von Schulden in die Welt zu setzen. Heute werden in der Ökonomie wieder eigentlich alte Konzepte wie die des Vollgeldes oder des Aktivgeldes diskutiert. Sie zeigen auf, dass Geld haben und Schulden haben keinesfalls zwei Seiten einer Medaille sind. Noch haben diese Konzepte bei den Parteien keine Resonanz gefunden. Es lohnt sich aber – gerade heute –, genauer hinzuschauen und Maßnahmen zu ergreifen, die in diese Richtung führen.

Erste Schritte wagen

Aus ökonomischer Sicht ist es ein reizvoller Gedanke, aus der EZB eine Bank, nennen wir sie „Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“ auszugliedern, und ihr die Möglichkeit einzuräumen, Staaten mit Geld zu versorgen, die dieses nicht zwangsweise zurückzahlen müssen. Es handelt sich ja um EZB-Geld, das nicht unbedingt Schuldgeld sein muss. Juristisch ist dies zurzeit nach den Bestimmungen des Lissaboner Vertrages nicht möglich, aber auch kein unüberwindbares Hindernis. Denn: Was macht die EZB jetzt anders, wenn sie von hoffnungslos überschuldeten Staaten Anleihen in großem Umfang aufkauft? Natürlich muss die Vergabe des Geldes an Auflagen geknüpft werden, die garantieren, dass das Geld nur für Zwecke verwendet wird, die dem Wohle der Allgemeinheit des betreffenden Staates dienen. An dieser Stelle bietet es sich geradezu an, auch mal das Volk fragen, was die Ökonomen wie Politiker bislang lieber vermeiden. Diese Auflagen werden dann wohl nicht auf mehr Privatisierung, mehr Markt um jeden

Preis oder auf weniger Staat hinauslaufen. Sie werden eher auf Investitionen und Infrastrukturmaßnahmen hinauslaufen, die unmittelbar den Bürger_innen und der Umwelt zu Gute kommen. Handeln wir uns damit eine gigantische Inflation ein? Diese Frage ist in der jetzigen Situation wohl eine Luxusfrage, aber auch langfristig haben die Ökonomen innerhalb dieses Systems genügend Instrumente an der Hand, die Inflationsrate unter Kontrolle zu halten.

Nur Mut, Herr Draghi

Angesichts der Situation in Griechenland und der ständig anwachsende Gefahr eines Crashes wird immer deutlicher, dass das gegenwärtige – erst in den zurückliegenden Jahren gewachsene – Schuldgeldsystem kurz vor dem Kollaps steht. Alternativen liegen in den Schubladen der Ökonomen. Vielleicht ist heute ein radikaler Wechsel unseres Geldsystems noch nicht durchsetzbar, aber anstatt – wie die EZB derzeit – beharrlich am Alten festzuhalten, könnten wir uns auf den Weg begeben und in kleinen Schritten in eine grundlegend neue Richtung gehen.

Diesen Mut wünschen wir Herrn Draghi.

Im nächsten Kapitel (8) „In einer globalisierten Welt die Region stärken“ beschäftigen wir uns mit der Frage, welche wirtschaftliche Rolle die Region spielen kann – und spielen sollte.